

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags

AfD-Fraktion

- Bundes- und Europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Arbeitskreisleiter Europa, Landwirtschaft, Umwelt
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)

Mail: martin.boehm@afdbayern.de

Pressemitteilung

26.04.2019

Förderung des „CNN Journalist Award 2014“ in München

MdL Martin Böhm: Bayerische Staatsregierung verweigert Transparenz

MÜNCHEN. Mitte Januar hatte das Portal „freie-presse.net“ gemeldet, dass die Bayerische Staatsregierung den „CNN Journalist Award 2014“ im Münchener Künstlerhaus mit 50.000 Euro gefördert hatte. Bei dieser Veranstaltung wurde der Journalist Claas Relotius, der unter anderem für das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ tätig war und von diesem im Dezember 2018 als systematischer Fälscher entlarvt worden war, in der Kategorie Print und zusätzlich als „Journalist des Jahres“ ausgezeichnet. Die Förderung wurde dem bayerischen Landtagsabgeordneten Martin Böhm (AfD) von der Regierung jetzt schriftlich bestätigt.

Wie sich aus der Antwort ergab, wurde die Veranstaltung bereits im Jahr 2008 mit 20.000 Euro und in den Jahren 2010 bis 2013 mit jeweils 25.000 Euro unterstützt. Böhm hatte von der Regierung wissen wollen, auf welche Weise die Mitfinanzierung der Veranstaltung eines ausländischen privaten Senders der Stärkung des Medienstandorts Bayern und München dienen würde.

In ihrer Antwort wiederholte die Regierung lediglich die bereits gegenüber „freie-presse.net“ verwendete Formulierung. Wörtlich hieß es: „Die Verleihung der CNN Awards ist eine Veranstaltung mit großem nationalem und internationalem Renommee. Die Veranstaltung wurde daher in 2014 von der Staatsregierung gefördert, um den Medienstandort Bayern und München zu stärken.“

„Eine Frechheit“, so der AfD-Abgeordnete, „da fragt man nach einer konkreten Begründung, und die Antwort besteht aus einer nichtssagenden Phrase und der Wiederholung eines Teils der Frage.“ Offenbar sei das damals zuständige Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie nicht in der Lage, seine Förderungsgrundsätze transparent zu machen. „Diese Verweigerungshaltung ist auch ein Schlag ins Gesicht der bayerischen Steuerzahler“, kritisiert Böhm.